

Kantonale Volksabstimmung am 25. September 2022

**5 statt 7 Regierungsratsmitglieder –
Abschaffung des Präsidialdepartements**

Ja

Fünf Regierungsratsmitglieder genügen

22.08.2022 Politik ⌚ 6 Minuten Lesedauer

Basler FDP deutlich für Verkleinerung der Regierung

Die Basis stimmte der «5 statt 7»-Initiative überraschend deutlich zu. Das ist eine Klatsche für die Grossrats-Fraktion.

von Anja Sciarra und Oliver Sterchi



Braucht es sieben Regierungsräte, oder reichen auch fünf? Die FDP-Basis fasste am Montagabend die Abstimmungs-Parolen für den 25. September. Bild: Christian Keller

Soll es in Basel nur noch fünf anstatt sieben Regierungsräte geben? Diese Frage müsste die verwaltungskritische FDP klar bejahen. Die Reduktion der Exekutive ist schliesslich im Parteiprogramm des Basler Freisinns festgeschrieben.

Am 25. September entscheidet das Stimmvolk über eben diese Frage, über die «5 statt 7»-Initiative, welche zudem die Abschaffung des Präsidentialdepartements fordert.

Während in der Partei-Basis im Vorfeld Sympathien für die Initiative geäussert wurden, konnte sich die Fraktion im Parlament in der vorangegangenen Grossrats-Debatte allerdings zu keinem eindeutigen Entscheid durchringen. Im Gegenteil: Drei Nein-Stimmen standen bei der FDP drei Enthaltungen gegenüber. Den Ja-Knopf hatte niemand aus dem Freisinn gedrückt (Prime News [berichtete](#)).

Mit dieser Ausgangslage versprach die Diskussion am Parteitag im jüngst eröffneten «kHaus» am Montagabend entsprechend viel Spannung. Mitinitiant Robert Schiess sprach sich vor der FDP-Basis für das Anliegen aus, FDP-Grossrat David Jenny hielt dagegen.

Tatsächlich sorgten einige Wortmeldungen für Überraschungen, so zum Beispiel diejenige

von Grossrat Luca Urgese, der den Mitgliedern ein Ja ans Herz legte – obschon er sich im Parlament in dieser Frage enthalten hatte.

Am Ende einer kurzen Debatte sprachen sich die Freisinnigen mit 42 Ja- gegen 9 Nein-Stimmen (3 Enthaltungen) deutlich und entgegen der eigenen Grossrats-Fraktion für die Annahme der Initiative aus.



Die FDP-Mitglieder sprachen sich am Parteitag deutlich für die Verkleinerung des Regierungsrats aus. Bild: Oliver Sterchi

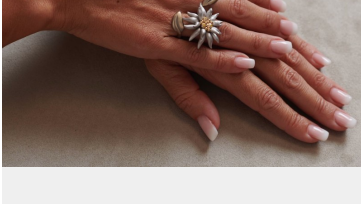
Mitinitiant Schiess mit angriffiger Rede

«Eigentlich sollte dies ein Heimspiel für mich sein»: Mit diesen Worten eröffnete Robert Schiess die kurzweilige Debatte um die Reduktion des Regierungsrats und verwies dabei auf die Partei-Statuten der FDP. Die Aufgabenlast der einzelnen Magistraten habe in den letzten Jahrzehnten mit der Auslagerung von Betrieben wie den BVB, IWB und den Spitälern abgenommen.

«Will der Regierungsrat überhaupt arbeiten?», fragte Schiess rhetorisch in die Runde. Die Abschaffung des Präsidialdepartements sei mehr als angezeigt, denn es sei ohnehin

effizienter, zu fünft zu regieren. So wie dies in anderen Kantonen – so auch im Baselbiet – der Fall sei.

Prime Content



Wie ein Goldschmied den Schwingern die Ehre erweist

Jonathan Mislin, neuer Atelierleiter bei Seiler Juwelier, hat ein spektakuläres Edelweiss-Schmuckstück geschaffen.

Alt Grossrats-Präsident David Jenny machte derweil bereits im Vorfeld deutlich, wie wenig er von der Initiative hält. Diese sei schlecht ausgearbeitet, und die Argumente verfangen gemäss Jenny nicht.

Mit der Annahme des Anliegens würde «kein einziger Franken gespart». Dies, weil die Budget-Hoheit nach wie vor beim Parlament liege. «Ich bin überzeugt, dass es bei einigen Parlamentariern nicht an Ideen fehlt, wie man das Geld anderweitig ausgeben könnte», sagte Jenny. Die Initiative sei zudem «handwerklich misslungen».

Da sie noch nicht ausformuliert ist, wäre zunächst eine Ausarbeitung durch den Grossen Rat und anschliessend ein zweiter Urnengang des Stimmvolks nötig.



FDP-Grossrat David Jenny plädierte für die Nein-Parole zur Abschaffung des Präsidialdepartements. Bild: Oliver Sterchi

«Wir brauchen nicht sieben Gender-Beauftragte»

Die nachfolgenden Stimmen aus der Partei-Basis folgten in erster Linie der Argumentation von Schiess. Er sei «enttäuscht» von den FDP-Grossräten, äusserte sich etwa Ede Tschopp. «Wenn wir diese Initiative nicht annehmen, passiert zehn Jahre lang nichts mehr. Wir brauchen nicht sieben Gender-Beauftragte und Gendersternli-Verfechter», sagte er mit Verweis auf die Grösse des Basler Verwaltungsapparats.

Ausschlaggebend und überraschend fiel am Ende das Votum von Grossrat Luca Urgese aus, der sich in der Parlaments-Debatte noch der Stimme enthalten hatte. Obschon er Jenny in seiner Meinung zustimmte, dass die Initiative «schludrig formuliert» sei, äusserte der ehemalige Partei-Präsident seine Zustimmung zur Regierungs-Reduktion.

Zwar sei nach einer Ausarbeitung des Initiativtextes ein zweiter Urnengang notwendig. Fakt sei aber: «Die Verwaltung ist aufgeblasener, als nötig», sagte Urgese. Dieser Argumentation folgte am Ende die grosse Mehrheit der Mitglieder.



«Das russische Gas war wie eine Droge für die Firmen»

Energiekrise, Zwischenfälle, Nachhaltigkeit: Valerie Diele-Braun, CEO des Chemiekonzerns CABB, äussert sich im Interview.

Parteipräsident überrascht von klarem Resultat

Er habe nicht mit dem deutlichen Resultat gerechnet, sagte FDP-Präsident Johannes Barth im Nachgang der Versammlung zu Prime News. «Die Frage wurde im Vorfeld kontrovers diskutiert. Die Urfreisinnigen in der Partei haben sich letztlich durchgesetzt, und das ist gut so.»

Wird die FDP nun das Initiativkomitee aktiv unterstützen im Abstimmungskampf? Dazu Barth: «Das müssen wir im Vorstand erst noch besprechen.» Er glaube aber nicht, dass die Initiative beim Volk eine grosse Chance hat. «Meine Prognose ist, dass die Vorlage eher abgelehnt wird.»

Etwas anders beurteilt dies Grossrat Luca Urgese. «Die Initiative könnte noch für eine Überraschung sorgen.» Auf die Frage, ob das deutliche Resultat der Basis eine Klatsche für die Fraktion sei, in der niemand für die Initiative gestimmt hatte, sagte Urgese: «Das würde ich so nicht sagen. Die Initiative ist und bleibt schludrig formuliert.»

Der Grosse Rat habe jetzt aber eine zweite Chance, das Begehren präziser auszuformulieren – «vorausgesetzt, das Volk nimmt die Vorlage an.»

Auch Jenny, der vergeblich für ein Nein plädiert hatte, mochte im Nachgang nicht von einer Niederlage sprechen: «Als Grossrat ist man in einer anderen Rolle, wenn es darum geht, die Tauglichkeit einer Initiative zu beurteilen.» Auch er halte es für «denkbar», dass die Initiative am Ende angenommen werde. «Ich habe immer gesagt, dass man diese Initiative nicht unterschätzen darf.»

AndreaMag[®]relax
entspannt durch den Alltag



Nahrungsergänzungsmittel mit 300 mg Magnesium

- Vegan
- Ohne Laktose und Farbstoffe
- Himbeer- und Orangenaroma

ab Andreabal AG, 4123 Allschwil



Nein zum Freizeitgarten-Gesetz, Ja zu AHV-Reform

Unerwartet und ebenfalls entgegen der Grossrats-Fraktion sprach sich die Parteibasis am Montagabend zudem mit 39 zu 7 Stimmen gegen die umstrittene Revision des Basler Freizeitgartengesetzes aus.

Bei den Parolen zu den nationalen Abstimmungen am Urnengang vom 25. September blieben die Überraschungen hingegen aus. Die Freisinnigen befürworteten einstimmig mit 52 Ja-Stimmen die Änderung des AHV-Gesetzes sowie mit 51 Stimmen bei einer Enthaltung die Erhöhung der Mehrwertsteuer – zusammen bilden die beiden Vorlagen die Reform der AHV.

Ebenfalls einstimmig befürwortet wurde die Abschaffung der Verrechnungssteuer. Auch die Parteilinie zur Massentierhaltungs-Initiative blieb mehrheitlich unbestritten. 45 Nein-Stimmen standen 8 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen gegenüber.

Kurzkommentar Prime News

Eine Klatsche für die FDP-Fraktion im Grossen Rat

von Oliver Sterchi

Die FDP-Basis hat am Montagabend überraschend deutlich Ja gesagt zur Reduktion des Regierungsrats auf fünf Personen respektive der Abschaffung des Präsidialdepartements.

Überraschend deshalb, weil die FDP-Fraktion im Grossen Rat sich zur Hälfte enthalten hatte, während die andere Hälfte den Nein-Knopf drückte. Noch am Montagabend versuchte Grossrat und Jurist David Jenny die Anwesenden von einem Nein zu überzeugen.

Die Basis allerdings hatte offenbar kein Gehör für formaljuristische Ausführungen über die angebliche Untauglichkeit der Vorlage. Sie besann sich vielmehr auf freisinnige Grundwerte – namentlich die Reduktion des Staatsapparats – und nicht zuletzt auf das eigene Parteiprogramm, in dem genau ein solcher Schritt unmissverständlich festgehalten ist.

Für die FDP-Fraktion im Parlament ist dieser klare Entscheid eine Klatsche, auch wenn Urgese und Jenny das im Nachgang der Versammlung kleinzureden versuchten. Sie muss sich fragen, ob sie noch freisinnige Politik macht, zumal die Basis auch beim Freizeitgartengesetz anders entschieden hatte.

Der «5 statt 7»-Initiative dürfte die Parole der Freisinnigen Aufschwung verleihen. Es ist durchaus denkbar, dass sich nun eine Dynamik entwickelt, die der vorgeblich chancenlosen Vorlage doch noch zum Durchbruch verhilft. Das wird auch davon abhängen, wie stark sich die FDP nun bis zum Abstimmungstermin für die Initiative einsetzt.

Die kostenlose Prime News-App – jetzt herunterladen.

🔗 [App-Store Apple](#)

🔗 [Google Play](#)



Anja Sciarra

Co-Redaktionsleiterin

[Mehr über die Autorin](#)